Seiten-Adresse:
https://www.gesundheitsindustrie-bw.de/fachbeitrag/pm/neuer-public-health-index-deutschland-auf-vorletztem-platz-bei-wissenschaftlich-empfohlenen-praeventionsmassnahmen

Neuer Public Health Index: Deutschland auf vorletztem Platz bei wissenschaftlich empfohlenen Präventionsmaßnahmen

Der AOK-Bundesverband und das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) haben erstmals ein umfassendes Ranking zum Umsetzungsstand wissenschaftlich empfohlener Präventionsmaßnahmen veröffentlicht. Im neuen Public Health Index (PHI), der künftig alle zwei Jahre aktualisiert werden soll, belegt Deutschland Rang 17 von 18 untersuchten Staaten in Nord- und Zentraleuropa. In der Einzelbetrachtung der vier untersuchten Handlungsfelder landet Deutschland bei Tabak, Alkohol und Ernährung jeweils auf den hinteren Rängen, bei Bewegung im unteren Mittelfeld.

Am besten schneiden Großbritannien, Finnland und Irland ab. Diese Länder erreichen die höchsten Punktzahlen im PHI, dicht gefolgt von Norwegen und Frankreich. Demnach setzten die Spitzenreiter besonders viele der wissenschaftlich empfohlenen Maßnahmen zur Förderung gesunder Lebensweisen um, zum Beispiel Mindeststandards für Schulessen, eine gesundheitsorientierte Besteuerung sowie umfassenden Kinderschutz etwa durch Einschränkungen von Werbung und Verfügbarkeit gesundheitsschädliche Konsumgüter. Schlusslicht bildet der gesamte DACH-Raum mit Deutschland, Österreich und der Schweiz, der insgesamt besonders wenige der wirksamen Präventionsmaßnahmen ergreift.

Die Spitzenreiter zeichnet aus, dass sie Rauchen und Alkoholkonsum möglichst unattraktiv machen, unter anderem durch Ausweitung rauchfreier Umgebungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, höhere Preise, Beschränkungen der zeitlichen und örtlichen Verfügbarkeit und weitreichende Werbeeinschränkungen. Im Bereich Ernährung setzen die Spitzenreiter auf Maßnahmen, die insbesondere Kinder und Jugendlichen eine gesunde Wahl von Speisen und Getränken erleichtern. Dazu gehören Hersteller-Abgaben für gezuckerte Softdrinks, gesunde Ernährungsumgebungen in Schulen oder auch Werbeeinschränkungen für Ungesundes. Auf dem Feld Bewegung ist es schwieriger, Maßnahmen abzuleiten, hier geht es vor allem darum, eine bewegungsförderliche und auch für Kinder sichere Infrastruktur und das Vorhandensein von Programmen zur Bewegungsförderung in Schulen oder am Arbeitsplatz zu schaffen.

DACH-Länder durchweg auf den hinteren Rängen

Auffälligstes Ergebnis ist das schlechte Abschneiden des DACH-Raums. In diesen Ländern werden dem PHI zufolge besonders wenige der wissenschaftlichen Empfehlungen aufgegriffen. Daher schaffen es diese Länder in keinem Handlungsfeld in das obere Mittelfeld und belegen durchweg die hinteren Ränge. Ungenutzte Präventionspotenziale liegen vor allem in Maßnahmen zur Förderung gesunder Ernährung sowie zur Eindämmung des Konsums von Tabak und Alkohol. In Großbritannien, Irland und im skandinavischen Raum ist die Präventionspolitik dagegen stärker an den Empfehlungen der WHO zur Eindämmung nicht-übertragbarer Krankheiten ausgerichtet.

Einige Länder erreichen im Gesamtranking oder in einzelnen Handlungsfeldern gute bis sehr gute Platzierungen, obwohl sie eine vergleichsweise niedrige Lebenserwartung aufweisen, beispielsweise Großbritannien oder Litauen. Das wissenschaftliche Autorenteam weist darauf hin, dass dies kein Widerspruch sei, da dort die hohe Krankheitslast durch chronische Erkrankungen gerade der Anlass für Regierungen gewesen sei, umfassende Maßnahmen zu beschließen.

Autoren kritisieren mangelnden politischen Willen in Deutschland

Die Autorinnen und Autoren des PHI kritisieren die zögerliche Haltung Deutschlands und den mangelnden politischen Willen zum Umsteuern. Obwohl es für viele der diskutierten Public-Health-Maßnahmen breite gesellschaftliche Mehrheiten gebe, die wissenschaftliche Evidenz für deren Wirksamkeit vorliege und ein hoher Finanzierungsdruck auf den sozialen Sicherungssystemen laste, sei die Verhältnisprävention hierzulande unzureichend und wenig ambitioniert.

Um auf der europäischen Best-Practices-Skala aufzuholen, sprechen sich die Expertinnen und Experten für eine umfassende Präventionspolitik in Deutschland entlang der WHO-Empfehlungen aus. Da die Steigerung der Produktivität und die Stabilisierung der Kranken- und Pflegeversicherung parteiübergreifend hohe Priorität habe, müsse die Senkung der Krankheitslast stärker adressiert werden. Hier lägen ungenutzte Potenziale in Milliardenhöhe. Die volkswirtschaftlichen

Kosten des Tabakkonsums in Deutschland werden auf 97 Milliarden Euro geschätzt, die Kosten von Adipositas und Alkoholkonsum auf rund 63 bzw. 57 Milliarden Euro.

Public Health Index soll regelmäßig Impulse für Präventionspolitik liefern

Der Public-Health-Index ist ein neues Instrument und vergleicht den Umsetzungsstand wissenschaftlich empfohlener Maßnahmen zur Förderung gesunder Lebensweisen in 18 europäischen Ländern. Der Index soll Schwachstellen und Verbesserungspotenziale der deutschen Präventionspolitik identifizieren und anhand von europäischen Best-Practice-Beispielen Impulse zur systematischen Weiterentwicklung liefern. Der PHI ist ein Kooperationsprojekt des AOK-Bundesverbandes und des DKFZ.

Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt von einem interdisziplinären Forschungsteam, dem Professor Dr. Peter von Philipsborn von der Universität Bayreuth (Expertise Ernährung), Assistenzprofessor Dr. Peter Gelius an der Universität Lausanne (Expertise Bewegung) und Dr. Jakob Manthey sowie Dr. Carolin Kilian vom Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung (ZIS) der Universität Hamburg (Expertise Alkohol) angehören. Auf Seiten des DKFZ haben Prof. Dr. Ute Mons und Dr. Katrin Schaller, auf Seiten des AOK-Bundesverbands Oliver Huizinga sowie Dr. Sophie Rabe mitgewirkt.

In der vorliegenden ersten Fassung bewertet der PHI Maßnahmen in den Handlungsfeldern Tabak, Alkohol, Ernährung und Bewegung. Diese gelten als wesentliche Risikofaktoren für die Entstehung vermeidbarer nicht-übertragbarer Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes oder Adipositas. Für die Handlungsfelder Tabak und Alkohol greift der PHI auf bereits etablierte Indizes zurück: die Tabakkontrollskala und die BtG-M-Skala. Für die Handlungsfelder Ernährung und Bewegung haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler neue Indizes entwickelt. Die Ergebnisse der vier Handlungsfelder fließen zu gleichen Anteilen in die Gesamtbewertung ein. Ein Land erhält umso mehr Punkte und einen besseren Rang, je mehr empfohlene Präventionsmaßnahmen es umsetzt.

Der nächste Public Health Index ist für das Jahr 2027 geplant. Er soll dann aktualisiert und nach Möglichkeit als gesamteuropäischer Vergleich erweitert werden.

Zitate der Podiumsteilnehmenden

Dr. Carola Reimann, Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes:
„Prävention ist nicht nur Privatsache oder eine Frage der Eigenverantwortung, sondern muss politisch umfassend betrachtet werden. Eine gesündere Bevölkerung lässt sich nicht allein auf der individuellen Verhaltensebene erreichen. Die Politik ist gefordert, die gesunde Wahl zur einfacheren und leichteren Wahl im Alltag zu machen und systematisch gesunde Umgebungen zu schaffen. In Sachen mutiger Präventionspolitik können wir sehr viel von unseren europäischen Nachbarn lernen. Deutschland lässt hingegen viel Präventionspotenzial ungenutzt. Wir brauchen endlich eine gesundheitsförderliche Gesamtpolitik, die nicht innerhalb der Grenzen des Sozialgesetzbuchs V verharrt, sondern ressortübergreifend vorangetrieben wird. Das ist der wirksamste Hebel zur langfristigen Stabilisierung des Solidarsystems."

Prof. Michael Baumann, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Krebsforschungszentrums:
„Wirksame Gesundheitsprävention kann viel menschliches Leid verhindern und gleichzeitig enorme volkswirtschaftliche Kosten einsparen: Allein 40 Prozent aller Krebserkrankungen gelten als Folge ungesunden Lebensstils. Deutlich über die Hälfte dieser vermeidbaren Fälle gehen auf das Konto von Tabak, Alkohol, ungesunder Ernährung und Bewegungsmangel – die darüber hinaus auch das Risiko für andere große Volkskrankheiten wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und für neurodegenerative Erkrankungen deutlich steigern. Deswegen engagieren wir uns für eine Gesetzgebung, die es allen erleichtert, gesund zu leben. Dazu braucht es umfassenden politischen Willen, die Prävention und Gesundheitsförderung in den Mittelpunkt zu stellen, um damit die Weichen von einer rein kurativen zu einer präventiven Medizin zu stellen."

Dr. Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer:
„Der Public Health Index zeigt deutlich, dass Deutschland bei Prävention und Gesundheitsförderung im internationalen Vergleich erheblichen Nachholbedarf hat. Die Krankheitslast durch chronische, nichtübertragbare Erkrankungen steigt, begünstigt durch ungesunde Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten sowie einen weiterhin hohen Alkohol- und Tabakkonsum. Für die betroffenen Menschen bedeutet das verlorene Lebenszeit, erhebliche Einschränkungen im Alltag und einen deutlich gesteigerten Bedarf an medizinischer Versorgung. Daher müssen wir endlich konsequent auf Prävention setzen. Dazu gehört erstens, die Steuern auf Nikotin, Alkohol und Zucker zu erhöhen, um Konsum zu reduzieren und Präventionsprogramme zu finanzieren. Zweitens muss die Bundesregierung Prävention und Gesundheitsförderung ressortübergreifend verankern und alle Gesetzesvorhaben auf ihre gesundheitlichen Auswirkungen prüfen. Drittens brauchen wir konkrete Präventionsziele, die gemeinsam mit allen relevanten Akteuren entwickelt und umgesetzt werden."

04.12.2025
Quelle: Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ)

Weitere Informationen

- Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ)